An Hand der 10 Thesen von Thomas Maier bearbeitet die Arbeitsgruppe das Thema.Hier ist nun der Bericht des ersten Arbeitstages (Donnersta 14. Juni 2001)

Aus der AG „Made in Germany“

von Wolfgang Klenk

Am ersten Tag wurden die von Thomas Maier formulierten Thesen (s. Kasten) zum

Thema in der Gruppe diskutiert. Was hier zugespitzt und deshalb durchaus provokativ formuliert wurde, fand überwiegend Zustimmung, wurde aber auch ergänzt:

So ist zunächst wichtig darauf hinzuweisen, dass sich die gesamte Globalisierungsdebatte

10 Thesen zum Thema „Made in Germany“

von Thomas Maier

1. Der Traum von „Made in Germany“ als Synonym für weltweit höchste Qualität und als garantierte Ursprungsdeklaration ist ausgeträumt.
   Waren und Komponenten werden heute weltweit hergestellt, gehandelt, eine durchgängige Identifikation nach Herstellungsorten ist nicht mehr möglich.
2. „Made in Germany by Germans“ als Garantie für ein in Deutschland von Deutschen hergestelltes Produkt gab es noch nie und ist eine Lüge.
3. „Made in Germany“ wurde abgelöst durch weltweit definierte Qualitätsstandards wie ISO 9000, Quality 2000 und VDA 6.6.
4. Der Stolz der Belegschaften auf „IHR“ Produkt ist berechtigt, versperrt jedoch die Sicht darauf, dass mittlerweile jedes Produkt weltweit zu nahezu denselben Qualitätsmerkmalen hergestellt werden kann.
5. Gleichzeitig versperrt der Internationalisierungswahn die Sicht auf regionale Entwicklungsmöglichkeiten.
6. Bei der Standortdiskussion geht es nicht darum, wo und wie das beste Produkt hergestellt wird, sondern sie dient den Unternehmern einzig und allein dazu, Standards zu drücken, Belegschaften zu erpressen und gegeneinander aus zu spielen.
7. Die Art, wie wir uns an der Standortdiskussion beteiligt haben, war einer der historischen Fehler der Gewerkschaften.
8. Das Problem der Gewerkschaften ist nach wie vor, dass sie es in ihrer politischen Grundlagenbildung nicht schaffen, die Hose dem Hemd näherzubringen.
9. Das Bündnis für Arbeit blockiert alle Forderungen nach wirtschaftlicher Mitbestimmung oder z. B. nach Wirtschaftsräten.
10. Die Gewerkschaften tun nach wie vor zu wenig, um eine internationale Gewerkschaftsbewegung zu installieren.

nur auf die drei grössten Wirtschaftsräume: EUROPA / SÜDOSTASIEN / NAFTA bezieht. Der „Rest der Welt“ bleibt aussen vor, was konkret eine weitere Verarmung bedeutet. Denn die Internationalisierung der Produktion benötigt eine Infrastruktur, die nur in diesen drei Wirtschaftsräumen gegeben ist.

Zu diesen Voraussetzungen gehört auch, dass Normen und Rechtssysteme vereinheitlicht werden und dass die arbeitsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Arbeitskräfte mobil sind – und dort arbeiten (können), wo sie gebraucht werden.

Möglich wird die derzeit zu beobachtende Globalisierung der Produktion, weil die Voraussetzungen inzwischen bestehen. Dies ist das Neue. Triebfeder ist und bleibt aber das Profitinteresse, vor allem des international agierenden Kapitals. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass gerade die Standards und die Infrastrukturen angeglichen werden, die dieser Entwicklung im Wege stehen.

> ES GIBT AUCH EIN LEBEN AUSSERHALB VON DAIMLER-CHRYSLER. DAS WISSEN VIELE DAIMLER-CHRYSLER KOLLEGEN NOCH NICHT. ABER ES IST SO!
>
> Karl (BR)

In diesem Zusammenhang versuchen die Konzerne, ihre Qualitätsnormen weltweit durchzusetzen, um die Standortkonkurrenz verschärfen zu können, nationale Qualitätsnormen werden durch international gültige abgelöst.

Auch wenn es für die Einzelnen durchaus Vorteile bringt, dass es international ausgerichtete und sich an internationalen Standards orientierende Studiengänge gibt, zeigt doch gerade dieses Beispiel, dass diese Behauptung richtig ist: mit dieser Internationalisierung ist immer auch eine stärkere Funktionalisierung und Ausrichtung an der Verwertungsperspektive verbunden. Es ist eben kein Zufall, welche Ausbildungsgänge hiervon betroffen sind und wer sich dafür einsetzt.

Standortkonkurrenz gab es aber schon vor der Globalisierung. Sie hat dadurch „nur“ eine neue Dimension erreicht. Standortkonkurrenz bedeutet (fast?) immer ein Ausspielen der Belegschaften gegeneinander – Zugeständnisse werden zur Standortsicherung erzwungen.

Erpresst werden nicht nur die Belegschaften, sondern auch Staat und Kommunen. Viele Beispiele – und es viel den Teilnehmer/innen der AG leicht, solche aufzuzählen – belegen: Wo insgesamt die meisten Zugeständnisse gemacht werden, dort wird neu gebaut, erweitert oder auch „nur“ nicht gestrichen. Solche „Siege“ sind aber fast immer mit „Niederlagen an anderen Stellen verbunden, entweder weil Produktion verlagert, weil Stellen gestrichen oder weil Arbeitsnormen und –bedingungen verschlechtert werden. Bei dieser Einschätzung darf nicht vergessen werden, dass auch die durch Staat und Kommunen bereit

gestellte Infrastruktur bezahlt werden muss – und zu welchem Preis dies geschieht.
Es wird deutlich: Die Standortkonkurrenz gibt es auch unter den Belegschaften und ihren (lokalen) Gewerkschaften. Kritisch gefragt wurde, inwieweit sich die Konkurrenz der Standorte in der Konkurrenz der Verwaltungsstellen wider spiegelt.

Konkrete Beispiele belegen aber, dass dies nicht so sein muss. „Gewerkschaftszusammenarbeit von unten“ und das Organisieren eines Organisationsaustausches, der verhindert, dass Belegschaften und ihre Vertreter gegeneinander ausgespielt werden, sind Ansatzpunkte, die in der Diskussion der folgenden Tage noch genauer diskutiert werden und mit konkreten Forderungen untermauert werden sollen.
Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion knüpfte an der These, dass das Bündnis für Arbeit alle Forderungen nach wirtschaftlicher Mitbestimmung blockiere, an. Sicherlich steht das Bündnis für ein am Konsens orientiertes Politikmodell. Die Beteiligung daran wird grundsätzlich mit der Bereitschaft zum Konsens und damit dem Verzicht auf kontroverse Auseinandersetzungen erkauft. Gleichzeitig bedeutet die Mitarbeit im Bündnis aber auch innerhalb dieser Grenzen Einfluss nehmen zu können. Die alleinige Forderung nach Ausstieg aus dem Bündnis greift deshalb zu kurz: Für einen Ausstieg müssen inhaltliche Positionen entwickelt und auch durchgesetzt werden. Nur dann ist der Ausstieg kein Verzicht, sondern eine inhaltliche Stärkung.